

In: Politik | Am: 04.12.2020 - 10:39

**Gastkommentar von Ulf Sieberg, CO2 Abgabe e.V.**

## "Wie ein Grenzausgleich dem länderübergreifenden CO2-Preis den Weg ebnet"



Ulf Sieberg: "Ein CO2-Grenzausgleich in der EU wird andere Länder in ihren Klimaschutzanstrengungen befördern." (Foto: CO2 Abgabe ev)

**Berlin (energate) - Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden. Ein CO2-Grenausgleichmechanismus spielt auf dem Weg dahin eine wichtige Rolle. Richtig ausgestaltet, kann er auch andere Länder in ihren Klimaschutzanstrengungen befördern.**

*Ein Gastbeitrag von Ulf Sieberg, Leiter Büro Berlin CO2 Abgabe e.V.*

Klimaschutz ist eine industriepolitische Chance. Das schreiben die als "Wirtschaftsweise" bekannten Ökonomen des Sachverständigenrats in ihrem Jahresgutachten für die Bundesregierung. Sie befinden sich damit in guter Gesellschaft. Denn mit dem Green Deal will die EU-Kommission die Chance nutzen, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Zu den zentralen Vorschlägen gehören ein sektorübergreifender CO2-Preis, ein "Carbon Border Adjustment Mechanism" (CO2-Grenzausgleich) und eine Neuausrichtung der Energiebesteuerung. So lange es weltweit aber noch keine wirksamen CO2-Preise gibt, schlägt die Kommission folgerichtig "ein CO2-Grenzausgleichssystem für ausgewählte Sektoren [vor], um das Risiko der Verlagerung von CO2-Emissionen zu mindern".

Ein vom Umweltausschuss des EU-Parlaments erarbeiteter Bericht [-<https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/ENVI-PR-648519\\_DE.pdf>](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/ENVI-PR-648519_DE.pdf) begrüßt einen mit den WHO-Regeln kompatiblen Grenzausgleich ausdrücklich. Auch der Handelsausschuss betont in einem Stellungnahmenentwurf [-<https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/plmrep/COMMITTEES/INTA/PA/2020/11-09/1213876DE.pdf>](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/INTA/PA/2020/11-09/1213876DE.pdf) die Chancen. Genauso wie der Stahlproduzent Arcelor Mittal oder Heidelberg Cement. Das hat mehrere Gründe: Um das Risiko der Verlagerung von Grundstoffindustrien zu vermeiden (Carbon Leakage) und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen die Emissionen von Importen mit den gleichen Klimaschadenskosten wie in der EU auch belastet und perspektivisch vollständig mitberücksichtigt werden: im Sinne verursachergerechten Produktpreisen und gleicher Wettbewerbsregeln für alle.

### Endproduktabgabe vielversprechend

Ein WHO-kompatibler Grenzausgleich auf Grundstoffe ist daher nur konsequent. Die Ausgestaltung als Klima-Zoll oder "Carbon Border Tax" sind dabei nur die dritt- oder viertbeste Lösung. Vielversprechender ist eine Endproduktabgabe in Kombination mit dem Emissionshandel und einer dynamischen Zuteilung von Verschmutzungsrechten (DIW 2020 [-<https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3561525>](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3561525)). Produktbenchmarks sowie Produktionsstandards verhindern "Green Washing". Denn die EU und Deutschland sind durch die Herstellung von Waren und Dienstleistungen in Drittstaaten mit 700 Mio. Tonnen jährlich die größten Nettoimporteure von CO2 weltweit. Längst haben sich Unternehmen wie BASF,

Bosch, Lafarge Holcim und Novartis deshalb auf den Weg gemacht, ihre gesamten Lieferketten auf CO2 abzuklopfen.

Gleichzeitig wird ein CO2-Grenzausgleich in der EU andere Länder wie Brasilien, Indien und China in ihren Klimaschutzanstrengungen befördern. Denn das Interesse für einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und zu einheitlichen CO2-Preisen zu kommen würde steigen. Auch die designierte US-Finanzministerin Janet Yellen gilt als Befürworterin von CO2-Steuern.

## Anreize für Klimaneutralität schaffen

Bis es jedoch einheitliche CO2-Preise in der EU und weltweit gibt, ist es noch ein weiter Weg. Denn genügend Anreize für Klimaneutralität mithilfe des Emissionshandels erhält die Industrie erst durch die Verknappung der Verschmutzungsrechte nach dem UN-Klimaabkommen von Paris. Ausnahmeregelungen wie die kostenfreie Zuteilung von Verschmutzungsrechten, Strompreiskompensation und Steuerbefreiungen stehen dem Ziel bisher im Weg und schaffen unnötig Bürokratie. Statt Ausnahmen braucht es ausreichend finanzielle Unterstützung zur Finanzierung klimaneutraler Produktionsverfahren mittels z.B. Carbon Contracts for Difference. Die durch den Grenzausgleich erzielten Einnahmen könnten dazu dienen und auch den am wenigsten entwickelten Ländern zugutekommen. Darüber hinaus könnten diese als Anreiz eingesetzt werden, länderübergreifende CO2-Preise zu forcieren. So kann der CO2-Grenzausgleich der weltweiten Einführung wirksamer Preise auf CO2 den Weg ebnen.

---

**Copyright:** energate-messenger.de  
**Kontakt:** energate GmbH  
(redaktion@energate.de)

**Jegliche Verwendung für den nicht-privaten, kommerziellen Gebrauch bedarf der schriftlichen Zustimmung.**  
Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [info@energate.de](mailto:info@energate.de).